



UKRAINE – Tragödie im Schatten von Olympia

Der Westen bevorzugt Bulgarien, Russland und Rumänien

In gewissen Zeitabständen interessieren sich die deutschen Medien und auch die Politik für das große, stolze Land der Ukraine. Dann verschwindet das Interesse wieder, bis neue Ereignisse zum Berichten und zum Handeln zwingen. Was aber derzeit in diesem europäischen Land geschieht, einem direkten Nachbarn der EU, bringt nicht bloß Wohlmeinende zur Verzweiflung. Die Menschen dort fühlen sich schon lange allein gelassen.

Als im Jahr 1991 die Ukraine wiedererstand war, gaben sich westliche Regierungsvertreter und Geschäftemacher die Klinke in die Hand. Auch politische Stiftungen sahen ihre Chancen zur Hilfe auf dem Weg zu Demokratie und Wohlstand. Mehr als Russland selbst schien das in ihrem großen Westteil k. und k.-geschulte Land die Fesseln des Kommunismus und der Unterdrückung abstreifen zu können. Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung führte in Kiew einige Tagungen durch, der Freistaat Bayern errichtete später ein „Bayerisches Haus“ in Odessa, nicht zuletzt weil dort die „Schwarzmeerdeutschen“ lebten und die evangelisch-lutherische Landeskirche Bayerns sich engagierte. Die Hoffnung war groß, dass die westlichen Bündnisse Fuß fassen könnten im großen Flächenstaat, der trotzdem von Moskau nicht ganz frei kam. „Partnerschaft für den Frieden“ bot die Nato an, Förderprogramme standen auf den Zetteln der EU-Gremien. Dann aber schief die Aufbruchsstimmung ein.



1995 in Odessa - Klaus Rose mit ukrainischem Admiral

Russland rückte wieder mehr in den Fokus des Westens

Ob die Ukraine auf ihrem Weg zu einer westlichen Demokratie Fehler machte, sei dahingestellt. Anders als Bulgarien und Rumänien, deren Fortschritte sich auch in Grenzen hielten, geriet die Ukraine aber bald wieder aus dem Blickfeld. Die Bayern, die Deutschen, die Europäer hatten gemerkt, dass sie es sich nicht mit Moskau verderben durften. Der Markt dort war größer, die Gaslieferungen von dort waren wichtiger, die neuen Drohgebärden Putins im Geiste der alten Sowjetunion wurden mehr gefürchtet als die mit sich selbst beschäftigte Ukraine. Obwohl man jetzt in Bayern über den „Sozialtourismus“ (Unwort des Jahres 2013) herzieht, hat man Bulgarien und Rumänien als neue EU-Mitgliedsländer akzeptiert. Europabeseelte CSU-Politiker organisieren Sonntags-Konferenzen mit deren Botschaftern oder Botschafterinnen und jagen gleichzeitig Werktags-Depeschen hinaus gegen die „Armutsfüchtlinge“ aus den gleichen Ländern – wobei man sich noch scheut, von „Zigeunern“ zu sprechen. Bei der Ukraine hatte man einst das Schreckgespenst des Visa-Betrugs bemüht, um alle Verhandlungen über eine westliche Anbindung zu blockieren. Als die alte Block-Politik des Kremls zu greifen begann und die Ukraine mit ihren postkommunistischen Führern den Westen aus dem Auge verlor, bot Brüssel plötzlich doch die Chance zu Beitrittsverhandlungen. Doch es war zu spät. Das Land glitt in den Bürgerkrieg zwischen „EU-Hoffenden“ und „Altkadern“. Die Winter-Tragödie 2013/14 nahm ihren Lauf.

Die Olympische Idee und der Frieden

Schon bei den Schöpfern der olympischen Spiele, den alten Griechen, war es selbstverständlich, dass während des sportlichen Großereignisses alle Waffen schwiegen. Das galt zynischer Weise auch 1936 für die Nazis (die hintenherum zum Krieg rüsteten), 1980 für die Kreml-Herrscher (die in Afghanistan weilten) oder 2008 für die Politbüro-Aktivisten in China. Jetzt gilt auch für Sotschi: Stört nicht den olympischen Frieden. Lasst uns mit euren Problemen in Frieden. Arrangiert Euch mit Putin, denn dieser gab uns wegen Olympia Groß-Aufträge in Millionenhöhe. Die „Bayerische Staatszeitung“ deutete am 31. Januar 2014 an, welche bayerischen Firmen von der Vergabe an das rückständige Kaukasus-Gebiet profitierten, am stärksten SIEMENS beim Nahverkehrssystem. München und Moskau, die Staatskanzlei und der Kreml, sie arbeiten im Interesse bayerischer Unternehmen und Arbeitsplätze Hand in Hand. Was hat da schon Kiew zu bieten? Gut, bei der Fußball-Europameisterschaft 2012 war auch ein bisschen was gegangen. Aber besser ist, die Ukraine bleibt, was ihr Name bedeutet: „Grenzland“. Die Hanns-Seidel-Stiftung setzt sich schon lange nicht mehr für die „Kleinen“ ein, denn die „Große Rus“ wanderte einst von Kiew nach Moskau. Dort spielt die Musik. Die letzte größere Ukraine-Tagung fand 2007 statt, bezeichnenderweise nicht in Kiew oder Lemberg, sondern im slowakischen Kosice. Falsche Hoffnungen wollte man schon lange nicht mehr wecken.

Natürlich ist es legitim, die Prioritäten auf Russland zu setzen. Ehrlich wäre es aber, die Lage in Kiew nicht nur ab und an zu bejammern, sondern den Menschen mit gezielten Programmen zu helfen, um sie „EU-tauglich“ zu machen. Der EU-Beitritt muss nicht erzwungen werden. Die Rechts- und Sozialverhältnisse der EU wären aber mit Sicherheit ein größerer Anreiz als die „lupenreine Demokratie“ neueren Datums, und zwar für alle Beteiligten. Der olympische Geist ab 7. Februar 2014 könnte vielleicht doch noch „Frieden“ bringen.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de.